

Arbeitskosten

Deutschland ist und bleibt ein Hochlohnland. Durchschnittlich 30,10 € mussten Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft im Jahr 2011 für eine geleistete Arbeitsstunde zahlen. Eine Arbeitsstunde in Deutschland war damit um 32 % teurer als im EU-Durchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe kostete eine Arbeitsstunde durchschnittlich 34,30 €. Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war damit sogar 48 % teurer als im EU-Durchschnitt.

Niedrige Arbeitskosten als Standortvorteil

Arbeitskosten haben einen hohen Einfluss auf die Attraktivität eines Landes als Standort für Unternehmen. Ihre Höhe bestimmt die Rentabilität von Investitionen entscheidend mit. Bei vergleichbaren Rahmenbedingungen wird ein Land eher Ziel von Investitionen, je geringer das Arbeitskostenniveau ist. Relativ niedrige Arbeitskosten sind ein Standortvorteil, weil sie die Rendite vorhandener und die Renditeerwartungen neuer Investitionen erhöhen. Im Ergebnis entstehen neue Arbeitsplätze. Der Druck, vorhandene Arbeitsplätze aus Kostengründen zu verlagern, nimmt ab.

Arbeitskosten und Produktivität zusammen betrachten

Löhne und Produktivität dürfen nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Der Produktivitätsfortschritt entscheidet als

Maßstab für den Anstieg der Leistungsfähigkeit des Faktors Arbeit über die angemessene Lohnsteigerung und damit den Arbeitskostenanstieg. Steigen die Arbeitskosten schneller als die Produktivität der Beschäftigten, verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Um die Kostenbelastung aus dem nicht durch den Produktivitätsfortschritt gedeckten Arbeitskostenanstieg auszugleichen, können Unternehmen gezwungen sein, Arbeitsplätze abzubauen bzw. an günstigere, außerhalb Deutschlands gelegene Standorte zu verlagern. Bleibt die Lohnentwicklung dagegen hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, entsteht Spielraum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik fortsetzen

Der überwiegende Teil der Arbeitskosten wird durch Vereinbarungen der Tarif- und Arbeitsvertragsparteien bestimmt. Erfreulicherweise verfolgen die Tarifparteien seit mehreren Jahren eine insgesamt beschäftigungsorientierte Lohnpolitik. Durch sie hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Vergleich deutlich verbessert. So ist es gelungen, die Lohnstückkosten (Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität) seit 1999 nahezu konstant zu halten, während sie in anderen Ländern gestiegen sind. Dies hat maßgeblich zum Beschäftigungszuwachs in den Jahren vor der Rezession beigetragen und erleichtert jetzt, Beschäftigung zu schaffen. Dabei profitieren

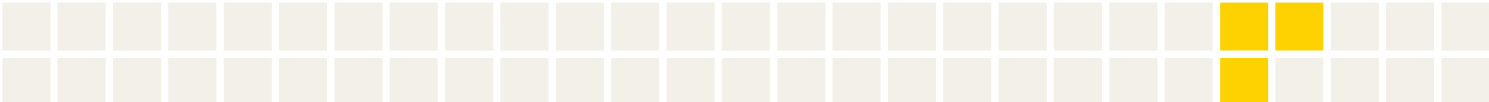
Personalzusatzkostenanteil wenig aussagekräftig

Im EU-Ländervergleich lag Deutschland im Jahr 2011 sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den Personalzusatzkosten auf Rang 7. Deutschland hatte damit 2010 die siebthöchsten Personalzusatzkosten von 27 EU-Staaten. Zwar liegt der Personalzusatzkostenanteil im Verhältnis zu den Bruttolöhnen leicht unter dem EU-Durchschnitt. Dieser Vergleich ist jedoch wenig aussagekräftig, denn aus Unternehmenssicht ist nicht der Personalzusatzkostenanteil maßgeblich, sondern die absolute Höhe der Personalzusatzkosten entscheidend, und die liegt in Deutschland rund 20 % über dem EU-Durchschnitt.

Arbeitskosten in Deutschland überdurchschnittlich hoch

EU-Staat	Arbeitskosten*		Personalzusatzkosten*	
	Euro	Rang	Euro	Rang
Belgien	39,30	1	12,57	2
Frankreich	34,20	4	11,40	3
Niederlande	31,10	6	7,18	6
Deutschland	30,10	7	6,58	7
Italien	26,70	11	7,76	5
EU-27	22,80	(12)	5,53	(10)
Spanien	20,60	12	5,56	9
Großbritannien	20,10	13	2,77	16
Polen	7,10	23	1,18	24
Bulgarien	3,50	27	0,56	27

Quelle: „EU-Vergleich der Arbeitskosten und Lohnnebenkosten für das Jahr 2011“, Statistisches Bundesamt (2012) und eigene Berechnungen; * je geleistete Stunde in der Privatwirtschaft im Jahr 2011



die Beschäftigten von höheren Löhnen. Mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 stiegen die Reallöhne von 2007 bis 2011 um insgesamt 2,7 %.

Gesetzlich verursachte Arbeitskosten abbauen

Die gesetzlich verursachten Personalzusatzkosten wirken wie eine „Zusatzsteuer auf Arbeit“, soweit zusätzlichen Beiträgen keine zusätzlichen Leistungsansprüche gegenüberstehen. Dies gilt vor allem für die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Zu Recht fordert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Abgaben auf Arbeit durch Reformen der Sozialversicherung zu senken. Zuletzt hat die OECD ihre Kritik an den hohen Sozialabgaben in Deutschland als beschäftigungsfeindlich erneuert. Die zentrale Reformaufgabe lautet, insbesondere, die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung stärker vom Arbeitsverhältnis zu entkoppeln.

Publikationen

***Einkommens- und Verbrauchsstichprobe:
Steuer- und Abgabenlast wieder gestiegen***
Arbeitgeber Spezial, Januar 2011

***Neue Untergliederung der Arbeitskosten:
Verantwortungsbereiche aufzeigen***
Stellungnahme der BDA, Juni 2007

kompakt:

- Gesetzliche Krankenversicherung
- Soziale Pflegeversicherung

Ansprechpartner

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern
T +49 30 2033-1950
volkswirtschaft@arbeitgeber.de

Die jeweils neueste Ausgabe und weitere Hinweise zu diesem Thema finden Sie unter **www.arbeitgeber.de**